

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL)

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. [Wer einmal irrt ...](#)
2. [Verelendung made in Germany](#)
3. [Neues Wall-Street-Gesetz- Obama lässt die Zocker von der Leine](#)
4. [Warum sollte Deutschland an diesem \(Steuer-\)Abkommen hängen?](#)
5. [Union stellt eigenes Mindestlohn-Modell vor](#)
6. [Hartz IV verfassungswidrig – Regelsatz um 36 Euro zu niedrig](#)
7. [Betreuungsgeld](#)
8. [Bildungsausgaben: verschleiern statt erhöhen](#)
9. [Leistungskluft zwischen Schülern aus verschiedenen sozialen Schichten wächst](#)
10. [Schule: Ja, auch am Nachmittag](#)
11. [Werbung im Klassenzimmer](#)
12. [Neuer Präsident der Hochschulrektorenkonferenz – Erfolg der Elite](#)
13. [Europäische Lebensmittelbehörde räumt Fehler ein](#)
14. [Parteienfinanzierung: Europarat ermahnt Deutschland bis Ende Juni zu handeln](#)
15. [Der Trick mit der Transparenz](#)
16. [Die Tricks der Pharmaindustrie](#)
17. [Bericht zum Thüringer Verfassungsschutz: Günstlinge, Inkompetente, Wichtigtuer](#)
18. ["Neues aus der Anstalt" vom 24.04.2012](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Wer einmal irrt ...**

In Deutschland haben viele in der Eurokrise von Anfang an darauf gesetzt, mit einer Festlegung auf die Diagnose „Staatsschuldenkrise“ Fakten zu schaffen. Sie haben die Staaten und ihr Haushaltsgebaren von vorneherein als allein für verantwortlich erklärt und bei der Therapie alle anderen Länder auf staatliches Sparen eingeschworen. Andere Diagnosen wurden verworfen und der Beschluss über den Fiskalpakt wurde als endgültiger Sieg über die Krise gefeiert, weil gleichzeitig die Zinsen in den Krisenländern etwas fielen.

Das rächt sich jetzt. Es war nämlich nicht der Fiskalpakt, der kurzfristige Entlastung

gebracht hatte, sondern die 1000 Milliarden an Liquidität, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) den Banken in Europa für drei Jahre zur Verfügung gestellt worden waren. Damit hat die EZB aber ihr Pulver verschossen. Nun, da sich der Pulverdampf lichtet, erkennt man, dass der Patient immer noch so krank ist wie vorher und die von der Bundesregierung verordnete Therapie der staatlichen Ausgabenkürzung dem Patienten sogar schadet, weil sie seinen Kreislauf schwer belastet. Die Zinsen steigen wieder. (...)

Wer auf die Staatshaushalte der anderen fixiert ist, den Balken im eigenen Auge aber nicht sehen will, macht immer aufs Neue den gleichen Fehler. So lange Deutschland auf seinen Leistungsbilanzüberschüssen beharrt, können die anderen weder ihre Defizite abbauen, noch ihren Menschen das Vertrauen zurückgeben. Die Nothilfe der EZB zu beklagen, den Weg für eine wirkliche Lösung des Problems aber nicht freizumachen, ist mehr als schlechte Politik.

Quelle: [Heiner Flassbeck \[PDF - 30 KB\]](#)

2. **Verelendung made in Germany**

Das deutsche Spardiktat führt in den verschuldeten Ländern der südlichen Eurozone zu neuen ökonomischen und sozialen Verwerfungen. Spanien, das noch Ende März Kürzungen in Höhe von 27 Milliarden Euro vornahm, muss sein Sparprogramm auf 37 Milliarden Euro ausweiten. Immer mehr Kreditnehmer können ihre Schulden nicht pünktlich begleichen; bei einem Zahlungsrückstandsvolumen von 143,8 Milliarden Euro können die Banken des Landes sich faktisch nur noch über die Europäische Zentralbank refinanzieren. Auch Italien rutscht in die Abwärtsspirale aus Kürzungen, steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Kaufkraft und wachsenden Sozialausgaben und muss, wie schon vor Jahren Griechenland, seine Sparziele bereits korrigieren.

Griechenland ist von der Entwicklung voll erfasst; letztes Jahr gingen 68.000 Betriebe bankrott – das Auftragsvolumen war dramatisch eingebrochen. Auch für dieses Jahr wird mit einer hohen Zahl von Firmenpleiten gerechnet. Dafür bieten sich deutschen Unternehmen gute Chancen, beim Ausverkauf der verbliebenen Staatsbetriebe die Filetstücke zu erwerben – zu billigsten Preisen.

Quelle: [German-Foreign-Policy](#)

3. **Neues Wall-Street-Gesetz- Obama lässt die Zocker von der Leine**

Mit großem Pomp hat US-Präsident Obama ein neues Wall-Street-Gesetz unterzeichnet. Es soll Startups und Börsengänge fördern. Doch zugleich lockert die neue Regelung Schutzregeln für Investoren. Kritiker fürchten eine Betrugswelle an der Wall Street.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

4. **Warum sollte Deutschland an diesem (Steuer-)Abkommen hängen?**

Zentral dabei ist aus deutscher Sicht neben all den bekannten anderen

Gesichtspunkten: Wo in der Welt gibt es das, dass die Erhebung von Steuern im Wege des schlichten "Glaubens" anonym und gleich amnestierend vor sich geht? Ein Staat überlässt es privaten Einrichtungen eines anderen Staates, anonym, das heisst ohne dass er eine Kontrollmöglichkeit hätte, Konten heranzuziehen und daraus Prozent-Beträge zu errechnen. Dadurch, dass der Vorgang dann auch noch amnestierend wirkt und dass gleichzeitig auf weitere Kontrollmöglichkeiten verzichtet wird - z.B. dass CD-Ankauf ausgeschlossen wird - "rundet" sich der Rubik.

Quelle: [Inside Paradeplatz](#)

Anmerkung WL: Auch in der Schweiz gibt es Verständnis für die Ablehnung des derzeit ausgehandelten Steuerabkommens.

5. **Union stellt eigenes Mindestlohn-Modell vor**

CDU und CSU arbeiten an einem eigenen Entwurf für den Mindestlohn. Seine Höhe soll dabei eine Kommission von Gewerkschaften und Arbeitgebern festlegen, bei der Lohnuntergrenze soll es "mögliche Differenzierungen" geben. Jetzt muss nur noch die FDP überzeugt werden. Ihr Fraktionschef Brüderle sieht indes "keinen Handlungsbedarf".

Quelle: [SZ](#)

6. **Hartz IV verfassungswidrig - Regelsatz um 36 Euro zu niedrig**

Nach Auffassung der 55. Kammer des Sozialgerichts Berlin verstoßen die Leistungen des SGB II gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Kammer hat daher dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Verfassungswidrigkeit des SGB-II-Regelbedarfs zur Prüfung vorgelegt. Zwar seien die Leistungen nicht evident unzureichend. Der Gesetzgeber habe bei der Festlegung des Regelsatzes jedoch seinen Gestaltungsspielraum verletzt. Die Referenzgruppe (untere 15 % der Alleinstehenden), anhand deren Verbrauchs die Bedarfe für Erwachsene ermittelt worden sind, sei fehlerhaft bestimmt worden. Die im Anschluss an die statistische Bedarfsermittlung vorgenommenen Kürzungen einzelner Positionen (Ausgaben für Verkehr, alkoholische Getränke, Mahlzeiten in Gaststätten und Kantinen, Schnittblumen u.s.w) seien ungerechtfertigt. Insbesondere habe der Gesetzgeber dabei den Aspekt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unzureichend gewürdigt. Im Ergebnis seien die Leistungen für einen Alleinstehenden um monatlich rund 36 Euro und für eine dreiköpfige Familie (Eltern und 16-jähriger Sohn) um monatlich rund 100 Euro zu niedrig bemessen.

Quelle: [Berlin.de](#)

7. **Betreuungsgeld**

a. **Soziale Auslese beim Betreuungsgeld - Gute Kinder, schlechte Kinder**

Die "Herdprämie" – jetzt auch mit sozialer Auslese. Auf Drängen vor allem der CSU soll ja jedes Elternpaar, das seinen Nachwuchs nicht in eine Kindertagesstätte bringt, ein Betreuungsgeld von 100 Euro im Monat bekommen. Vorausgesetzt, die Familie lebt nicht bereits von Hartz IV. In diesem Fall sollen sie – so der neueste Dreh aus Regierungskreisen – unterm Strich nichts bekommen, denn das zunächst gezahlte Betreuungsgeld wird ihnen wieder von der Grundsicherung abgezogen.

Das entspricht der Logik von Hartz IV – schon beim Kindergeld läuft es so und ist genauso ungerecht. Es passt aber auch zur Logik der CSU: Die Partei glaubt fest daran, dass Familien der bessere Ort für die Kindererziehung sind. Dort gebe es Nestwärme und ein Wertegerüst, das kein Kindergarten bieten könne. Außer natürlich, die Eltern sind irgendwie asozial: verantwortungslos, ungebildet, alkoholabhängig. Wie kann man das einfach feststellen? Richtig: Das sind doch die Eigenschaften, die einen typischen Langzeitarbeitslosen auszeichnen. Dann lautet die simple Gleichung: Hartz IV = keine Werte = kein Betreuungsgeld. Auf einen Schlag werden alle Langzeitarbeitslosen verdächtigt, schlechtere Eltern zu sein als andere.

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung Jürgen Karl: *Die völlige Verkommenheit der schwarz-gelben Koalition ist dennoch wieder verblüffend. Wenn es darum geht den herrschenden Eliten die Stiefel zu lecken, etwa beim geplanten Steuerabkommen mit der Schweiz, kann die Bundesregierung gar nicht beflissen genug sein, während man den Ärmsten jeden zusätzlichen Euro verweigert.*

b. **Wahlfreiheit haben nur die Gutverdienenden**

"Alles Nonsense", sagt Ulrich Schneider, Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. "Die Koalition traut sich nicht zuzugeben, dass sie Hartz-IV-Bezieher dieses Geld schlicht nicht gönnt." Rechtlich sei eine Auszahlung der neuen Leistung auch an Hartz-IV-Empfänger nicht nur möglich, sondern sogar geboten.

Es gebe in der Hartz-IV-Gesetzgebung einen Passus, in dem geregelt werde, was alles als Einkommen gelte. Wenn das Betreuungsgeld hier nicht aufgenommen würde, müsse es auch nicht vom Arbeitslosengeld II abgezogen werden. Dass dies möglich sei, zeigten Leistungen wie das Pflegegeld oder Entschädigungsleistungen wie zum Beispiel für Kriegsopfer, die bewusst nicht angerechnet würden. Auch das Elterngeld sei ja bis zum Sparpaket 2010 an Hartz-IV-Bezieher ausgezahlt worden.

Das Betreuungsgeld sei kein Einkommen, sondern eine "Anerkennungsprämie", die allein deshalb gezahlt werde, weil Menschen ihr Kind nicht in öffentliche Kindertagesstätten schickten. Daher halte der Paritätische Wohlfahrtsverband eine Ungleichbehandlung für verfassungsrechtlich bedenklich.

Quelle: [SZ](#)

8. **Bildungsausgaben: verschleiern statt erhöhen**

Als „europäischer Musterschüler“ sollen in Deutschland einerseits Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung erbracht werden, andererseits bleiben die Ausgaben für Bildung unverändert hinter den angekündigten Steigerungen zurück. An die Stelle realer Erhöhungen setzen die politisch Verantwortlichen Begriffsdefinitionen, die dazu dienen, die Realitäten zu verschleiern, lautet das Fazit der Studie.

[Dr. Cornelia Heintze](#) analysiert ein System von Bildungsfinanzindikatoren, bei dem die öffentlichen Ausgaben für Bildung nach Personen und nicht nach Einrichtungen des Bildungswesens ermittelt werden. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass diese Art der Berechnung einer Pro-Kopf-Finanzierung statt einer Institutionenfinanzierung die dahinter steckende soziale Ungleichheit verschleiern. Die Darstellung der Pro-Kopf-Ausgaben bediene zudem das Interesse an einer weiteren Privatisierung von Bildungsausgaben.

Auch die Höhe der Bildungsausgaben für sich genommen sei nicht aussagekräftig. Es gelte genauer zu differenzieren: In „Bildungsstaaten“ (z.B. Dänemark, Island) werde in alle Bildungsbereiche und deren Institutionen investiert. Dies garantiere eine größere Chancengleichheit. Dagegen läge in „Bildungsmarktstaaten“ (Chile, Korea, USA) die institutionelle Förderung vor allem in der Primar- und Sekundarbildung. Ansonsten sei Bildung in diesen Staaten stark kommerzialisiert. Öffentliche Investitionen würden häufig genutzt, um Nachteile für ein einzelnes Individuum bei einem eventuellen Marktversagen zu kompensieren.

Von Seiten der Politik und Wirtschaft werde behauptet, das deutsche Bildungssystem sei nicht unterfinanziert, sondern „untererfasst“. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie widerlegen diese Annahme: Es besteht eine tatsächliche Unterfinanzierung als Folge zu geringer öffentlicher Bildungsausgaben.

Ebenso verhalte es sich mit der These einer „demografische Rendite“, welche das Problem der Unterfinanzierung abschwächen solle.

Quelle: [GEW](#)

9. **Leistungskluft zwischen Schülern aus verschiedenen sozialen Schichten wächst**

Allensbach-Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland zur Situation an deutschen Schulen.

Unterrichten deutlich schwieriger geworden / Verhalten der Schüler spürbar

schlechter / Fast 40 Prozent der Lehrer fordern „Erschwernis-Zulage“ an Brennpunkt-Schulen / Zu große Klassen und Lehrer-Mangel an weiterführenden Schulen sind größte Herausforderungen / Deutsches Schulsystem zu undurchlässig / Lehramt-Studium bereitet nicht ausreichend auf berufliche Praxis vor / 54 Prozent der Lehrer kritisieren Bildungspolitik der Länder.

Dass das Unterrichten in den letzten Jahren schwieriger geworden sei, führen Lehrer zu insgesamt 42 Prozent auf das Verhalten ihrer Schüler zurück und kritisieren damit fehlende Disziplin, Respektlosigkeit und die Missachtung von Regeln ebenso wie ein geringes Konzentrationsvermögen, fehlende Motivation oder allgemeine Erziehungsdefizite. Besonders oft wird dies von Haupt- und Realschullehrern betont (55 Prozent), deutlich seltener hingegen von Gymnasiallehrern (34 Prozent). Darüber hinaus zeigt die Studie, dass von jenen Lehrern, die ihren Beruf grundsätzlich für weniger attraktiv halten, mehr als jeder vierte (27 Prozent) einen zunehmend schwierigen Umgang mit den Schülern dafür verantwortlich macht. Weitere ausschlaggebende Gründe für diese Einschätzung sind neben einer allgemein hohen psychischen Belastung im Beruf (33 Prozent) die Tatsache, dass Lehrer immer häufiger Aufgaben übernehmen müssten, die eigentlich Sache des Elternhauses sind (31 Prozent), sowie ein zunehmend schwieriger Umgang mit den Eltern der Schüler (28 Prozent). Eine zu geringe Bezahlung oder fehlende berufliche Perspektiven sind hingegen nur von nachrangiger Bedeutung (jeweils neun Prozent).

Quelle: [Vodafone Stiftung](#)

10. **Schule: Ja, auch am Nachmittag**

Für den Schulerfolg ihrer Kinder sind die Eltern mindestens im gleichen Maße verantwortlich wie die Schule, so ein weitverbreitetes Missverständnis im deutschen Schulsystem. Die aktuelle Allensbach-Umfrage bestätigt diese Fehlinterpretation. Denn wie sonst ist es zu erklären, dass viele Lehrer zwar feststellen, dass die Herkunft der Schüler einen großen Einfluss auf deren Leistungen hat, ihre eigene Benotungspraxis aber als objektiv einschätzen. Oder dass sie ihren Beruf mehrheitlich attraktiv finden – bis auf die Kleinigkeit, dass die Schüler demotiviert und disziplinos sind.

Dabei ist es in den Schulgesetzen von Baden-Württemberg bis Berlin ganz klar geregelt: die pädagogische Verantwortung für die Bildung und Erziehung der Schüler tragen die Lehrkräfte. Wer also glaubt, es sei in erster Linie den Eltern zuzuschreiben, wenn Schüler „faul“ und „aufsässig“ sind, hat den Beruf verfehlt. Klar müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Um gerade die Kinder aus weniger bildungsaffinen Elternhäusern zu erreichen, ist es dringend notwendig, das Lernen – und die Anwesenheitspflicht der Lehrenden – in den Nachmittag zu verlängern. Mit den 1,2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld jährlich verschlingen soll, ließe sich locker

eine zweite pädagogische Stufe des ausgelaufenen Ganztagschulprogramms zünden. Ein deutliches Signal der Lehrerverbände und der Bundesbildungsministerin vermisst man da sehr.

Quelle 1: [TAZ](#)

Quelle 2: [TAZ](#)

11. **Werbung im Klassenzimmer**

Über Wirtschaft und Finanzen lernen Schüler viel zu wenig. Ausgerechnet Banken und Finanzdienstleister bieten an, das zu ändern.

Quelle: [Zeit](#)

***Anmerkung MB:** Dazu hatten wir zwar erst kürzlich einen Hinweis auf einen [Beitrag des Deutschlandradios](#), möchten aber auch diesen Artikel der Zeit lobend erwähnen.*

12. **Neuer Präsident der Hochschulrektorenkonferenz - Erfolg der Elite**

Überraschung bei den Hochschulrektoren: Sie wählten den Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie, Horst Hippler, zu ihrem neuen Präsidenten. Allerdings lief nicht alles glatt – denn der Physiker ist nicht unumstritten.

Seit 2002 amtiert Hippler in Karlsruhe, für die neue Position muss er dieses Amt aufgeben. Der Professor für Physikalische Chemie war zuletzt Chef der baden-württembergischen Rektoren. Beobachter schreiben ihm die kühle Rationalität eines Naturwissenschaftlers auch im Führungsstil zu. 2010 gehörte er zu den Unterzeichnern des umstrittenen Appells "Energiezukunft für Deutschland", mit dem Atomkraft-Lobbyisten für eine Laufzeitverlängerung warben. Kritik von Studenten, nun habe "die Kommerzialisierung von Lehre und Forschung eine neue Stufe erreicht", schmetterte Hippler ab; er helfe der Initiative als Privatmann.

Der unterlegene Zechlin galt als Außenseiter, den Bamberger Theologen Ruppert dagegen sahen manche schon als Sieger – da er für den Löwenanteil der Unis steht, die nicht von den Exzellenzmillionen profitieren. Gleichwohl hat Ruppert in Bamberg eine beeindruckende Profilbildung mit starken Geisteswissenschaften forciert. Selbst Studentenvertreter, mit denen er Kleinkriege auszufechten hatte, beschreiben ihn "als Hochschulmanager im positiven Sinne". Die Uni "wetterfest" zu machen, sei wichtiger als die Schaffung von "Leuchttürmen, die einsam in der Landschaft stehen", sagte Ruppert mal mit Blick auf den Exzellenzwettbewerb. Die Kollegen haben nun den Vertreter des Elite gewählt – wohl in der Hoffnung, mit ihm aufzusteigen.

Quelle: [SZ](#)

13. **Europäische Lebensmittelbehörde räumt Fehler ein**

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA räumt erstmals ein, dass sie Interessenkonflikten nicht ausreichend vorgebeugt hat. Sie „bedauert“,

entsprechenden Hinweisen nicht rechtzeitig nachgegangen zu sein. Als Konsequenz habe sie ihre internen Richtlinien überarbeitet. Konkret geht es dabei um den Fall von Suzy Renckens, die von 2003 bis 2008 die Gentechnikabteilung der EFSA leitete, die für die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen zuständig ist. Unmittelbar nach ihrem Ausscheiden bei der EFSA im Jahr 2008 nahm Renckens ihre Arbeit als Lobbyistin beim Konzern Syngenta auf, der gentechnisch veränderte Pflanzen herstellt und vermarktet. Obwohl der gentechnik-kritische Verein Testbiotech den Fall 2009 öffentlich machte, weigerten sich die Lebensmittelbehörde und die Europäische Kommission zunächst Maßnahmen zu ergreifen. Daraufhin schaltete Testbiotech den Europäischen Ombudsmann ein – unterstützt von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth und LobbyControl. In einem Brief an den Bürgerbeauftragten der EU gibt die EFSA nun erstmals öffentlich Versäumnisse zu. Quelle: [LobbyControl](#)

14. **Parteienfinanzierung: Europarat ermahnt Deutschland bis Ende Juni zu handeln**

Die [Staatengruppe gegen Korruption des Europarats \(GRECO\)](#) hat Deutschland ein schlechtes Zeugnis beim Kampf gegen Korruption und für mehr Transparenz ausgestellt. Zwei Jahre hatte die Bundesregierung Zeit 20 Empfehlungen zur [Transparenz der Parteienfinanzierung \[PDF – 550 KB\]](#) und zur [Kriminalisierung von Korruption \[PDF – 550 KB\]](#) umzusetzen. Die Frist dafür lief Mitte letzten Jahres ab. Laut GRECO wurden lediglich vier der Empfehlungen zufriedenstellend umgesetzt. Selbst in der diplomatischen Sprache des Europarat-Gremiums klingt die Kritik deutlich: Im Fazit des [GRECO-Umsetzungsberichts wird geurteilt, "dass der sehr geringe Grad der Erfüllung der Empfehlungen als 'allgemein unbefriedigend' \[...\] anzusehen ist." \[PDF – 170 KB\]](#)

Quelle: [LobbyControl](#)

15. **Der Trick mit der Transparenz**

Wer einer Partei viel Geld geben will, ohne dass es öffentlich wird, muss einfach eine Gegenleistung vereinbaren. Dann wird die Spende zum Sponsoring.

Im vergangenen Sommer veröffentlichte die taz erstmals eine Datenbank, mit der sich die Großspenden an die Bundestagsparteien komfortabel durchsuchen lassen. Jetzt erscheint das Update mit den neu veröffentlichten Spendeneinnahmen

<http://taz.de/Parteispenden-Watch/!t200/#parteispenden-karte>. Doch ein ähnlicher Bereich bleibt von dieser Transparenz ausgenommen: Die Parteien müssen ihre Sponsoringeinnahmen nicht veröffentlichen. Sowohl bei einer Spende als auch bei einem Sponsoring fließt Geld von einem Unternehmen an eine Partei. Der Unterschied: Beim Sponsoring wird eine Gegenleistung vertraglich vereinbart – zum Beispiel, dass das Unternehmen einen Stand auf einem Parteitag erhält, um sich zu

präsentieren.

...

Nun fällt bei der FDP die Presselounge weg, in der Journalisten in der Vergangenheit kostenlos verpflegt wurden. Stattdessen erhalten die Berichterstatter, die sich einladen lassen wollen, nun Gutscheine auf Kosten der Bundespartei. Der Parteitag kostet 630.000 Euro, davon kommen 150.000 Euro durch Sponsoring wieder rein. Die Sponsoren können die Gelder steuerlich geltend machen.

Quelle: [TAZ](#)

Anmerkung MB: *Das Sponsoring von Journalisten über Umwege wäre – mal wieder – eine passende Gelegenheit, über eine berufliche Hygiene unter Journalisten zu diskutieren.*

16. **Die Tricks der Pharmaindustrie**

Markt-Moderator Jo Hiller und das Redaktionsteam machen einen Preis-Check, testen die Beratung und klären auf: Welche Medikamente helfen, welche sind überflüssig?

Quelle: [NDR](#)

17. **Bericht zum Thüringer Verfassungsschutz: Günstlinge, Inkompetente, Wichtigtuer**

Ein interner Bericht offenbart ein Desaster beim Thüringer Verfassungsschutz, das auch die Anfänge des NSU betrifft. Doch der Bericht soll geheim bleiben.

Quelle: [TAZ](#)

18. **„Neues aus der Anstalt“ vom 24.04.2012**

Auch im April hat sich die Anstaltsleitung wieder auf ihre Monatsvisite begeben und die Türen ihrer „Behandlungsräume“ geöffnet. Als kabarettistische Putzkolonne assistierten in dieser Ausgabe Helmut Schleich, Wilfried Schmickler, Andreas Rebers und Max Uthoff.

Quelle: [ZDF-Mediathek](#)

Anmerkung MB: *Für Alle, die wo sich wunnern tun, wrum der Pelzig nett in der Anstalt war. Er hatte Freigang zur Vorbereitung auf sein neues Bühnenprogramm.*

Ergänzend dazu:

Pelzig braucht die Bühne: Erste Tournee nach fünf Jahren, Kabarettist Frank-Markus Barwasser über seine Rückkehr und seine Anfänge

Erst der Film „Vorne ist verdammt weit weg“, dann das Theaterstück „Alkaid“, dann der Wechsel zum ZDF, wo er mit „Neues aus der Anstalt“ und „Pelzig hält sich“ gleich

zwei Sendungen regelmäßig bestreitet: Der aus Würzburg stammende Kabarettist Frank-Markus Barwasser (52) hatte in den letzten fünf Jahren nicht viel Zeit, seinen Erwin Pelzig auch noch auf Tournee zu schicken. Jetzt tourt der „fränkische Konsonantenschänder“, wie ihn Anstalt-Chef Urban Priol nennt, wieder, mit seinem neuen Programm „Pelzig stellt sich“. Ein Gespräch mit Barwasser über die Rückkehr, seine Anfänge und darüber, warum er und Pelzig die Bühne brauchen.

Quelle: [Mainpost](#)